

Reden Klimaaktionär:innen GV SNB

Katharina Schlatter

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrates und des Direktoriums, geschätzte Aktionär:innen,

Ich gehöre zu einer Gruppe von über 150 Aktionär:innen, die drei Anträge an die Generalversammlung eingereicht hat. Unsere Anträge hatten das Ziel, die SNB anzuhalten, ihre beträchtlichen finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten für den Kampf gegen die Klimakrise einzusetzen. Leider hat der Bankrat die Anträge aus formellen Gründen abgelehnt. Das müssen wir akzeptieren, aber die SNB darf sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.

Ich möchte besonders einen Aspekt unserer Anträge aufgreifen. Die SNB gehört dem «Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System» an. Dieses Netzwerk hat zum Ziel, das Pariser Abkommen umzusetzen. Das bedeutet, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das Abkommen hält explizit fest, dass alle Finanzflüsse die Vorgaben des Abkommens erfüllen müssen.

Die Schweiz hat das Pariser Abkommen unterzeichnet, ebenso wie das Übereinkommen über die biologische Vielfalt.

Ich stehe auch hier, weil ich über zehn Jahre lang bei einer Grossbank gearbeitet habe. Wenn ich dort etwas gelernt habe, dann das: Sie können kein Haus bauen, wenn ihre Bank ihnen keine Hypothek gibt. Das Gleiche gilt auch für die Öl- und Gasindustrie. Sie kann keine Plattform bauen und kein Gasfeld erschliessen, wenn sie von den Anleger:innen kein Geld erhält. Die SNB könnte mit ihrer Investmentstrategie also viel bewirken.

Die SNB selber hält fest, dass sich ihre grundlegenden Werte und Normen auf ratifizierte Konventionen und internationale Vereinbarungen stützen. Betrachten wir aber aktuelle Rankings, so sehen wir, dass die SNB im Vergleich zu anderen Zentralbanken schlecht abschneidet.

In unserem Antrag, über den Sie hier an der Generalversammlung nicht abstimmen dürfen, haben wir die SNB aufgefordert, ihre Geld- und Währungspolitik, sowie ihr Devisenportfolio an diesen von der Schweiz ratifizierten Übereinkommen auszurichten.

Meine Frage an das Direktorium lautet daher: Welche Massnahmen ergreift die SNB, um die völkerrechtlich bindenden Vorgaben des Pariser Abkommens, des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und des Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal einzuhalten?

Vielen Dank.

Gabriela Neuhaus

Sehr geehrte Damen und Herren des Bankrates und des Direktoriums, sehr geehrte Aktionär:innen

Ich bin heute hier, weil ich der Überzeugung bin, dass sich Besitzerinnen von Aktien nicht darauf beschränken dürfen, Dividenden einzukassieren, und ansonsten die Anlagepolitik der Verantwortlichen blindlings abzunicken.

Die gesetzlich vorgegebenen Ziele der SNB sind zu akzeptieren, sie stehen heute nicht zur Diskussion.

Genauso wichtig ist aber, die praktische Umsetzung zur Erreichung dieser Ziele kritisch zu hinterfragen und notwendige Korrekturen einzufordern.

Eine solche Korrektur ist überfällig. Die aktuelle Investitionspolitik der SNB ist meiner Ansicht nach schlicht nicht mehr zeitgemäss.

Dies, weil die Investitionen der SNB heutzutage nach wie vor einzig unter dem Blickwinkel der vollständigen Abbildung von Börsenindizes und ähnlicher Parameter erfolgen.

Sind auf fossiler Energie basierende Sektoren und Unternehmen im Index, so setzte die SNB bisher einfach die Scheuklappen auf und galoppierte geradeaus weiter.

Damit entledigen sich die Verantwortlichen bei der Entscheidung, in welche Sektoren und Unternehmen investiert wird, elegant ihrer Mitverantwortung zur Erreichung der weltweit als Notwendigkeit anerkannten Klimaziele. Wer diese Mitverantwortung wegdiskutiert, nimmt sie auch nicht wahr.

Wenn die SNB aber mit ihrem grossen Investitionsvolumen klimarelevante Faktoren ausser Acht lässt, grenzt das an Grobfahrlässigkeit und Risikoblindheit.

Deshalb habe ich, wie 150 weitere Aktionär:innen, die von der Klima-Allianz Schweiz eingereichten Anträge für ein zukunftsgerichtetes und transparentes Finanzsystem in unserem Land unterzeichnet. Leider wurden diese vom Direktorium bereits im Vorfeld abgeschmettert.

Dies, obschon auch im Finanzsektor immer mehr Unternehmen – bis hin zur Europäischen Zentralbank – erkannt haben, dass Anlagen in fossile Energieträger zunehmend zu einem Risikofaktor werden.

Wir fordern deshalb, dass die SNB bis Ende 2023 einen Transitionsplan ausarbeitet, der aufzeigt, wie eine umweltfreundliche und nachhaltige Neuausrichtung ihres Anlageportfolios erreicht werden kann.

Um eine klimagerechte Investitionspolitik einzuleiten, soll sich die Schweizer Nationalbank der Science Based Target Initiative anschliessen.

Namhafte Banken haben dies bereits getan und dokumentieren damit, dass ihnen das Erreichen der Pariser Klimaziele wichtig ist. Es wäre an der Zeit, dass auch die SNB künftig keine Investitionen in CO₂-intensive Sektoren und Firmen mehr tätigt.

Die Erstellung eines eigenen Transitionsplans für die Schweizerische Nationalbank ist ein wichtiger erster Schritt, weil sie eine Vorbildfunktion hat. Indem die SNB ihre konkreten Erwartungen an die Transitionspläne ihrer Geschäftspartner:innen kommuniziert, trägt sie zur Planungssicherheit im Finanzsektor bei.

Meine Frage an das Direktorium lautet daher:

Wird die SNB einen Transitionsplan für sich selber ausarbeiten, und auch von anderen Finanzmarktteilnehmenden einen Transitionsplan verlangen?

Und:

Wird sich die SNB der Science Based Target initiative anschliessen?

Nina Repp

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrates und des Direktoriums, geschätzte Aktionär:innen,

Zusammen mit über 150 weiteren Aktionär:innen habe ich die Anträge der Klima-Allianz zuhanden der GV unterzeichnet.

Es reicht nicht auf irgendjemand oder irgendetwas zu warten. Es ist möglich selbst Zukunft zu gestalten, Schritte zu setzen, sei es in der Ernährung, im Konsumverhalten, politisch, im Beruf oder eben auch mit dem Einwirken auf eine zentrale Schweizer Grösse wie die SNB.

Eine der wesentlichen Aufgaben der SNB ist die Preisstabilität um den Wohlstand des Landes und damit auch den von mir, meiner Familie, allen hier zu sichern.

Wie wir aber auch aktuell wieder beobachten können, haben fossile Brennstoffe einen erheblichen Einfluss auf die Preisstabilität. Die derzeitige Inflation ist substantiell auf einen Preisanstieg von fossilen Brenn- und Treibstoffen zurückzuführen. Diese Gefahr wird in Zukunft weiter zunehmen. Isabel Schnabel, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, warnte in einer Rede im März vor einem Jahr vor einer "Klimaflation" und einer "Fossilflation". Diesel, Benzin, Heizöl und Gas waren seit Beginn des Ukrainekriegs für bis zu 40% der Gesamtinflation verantwortlich, in der EU sogar mehr als zur Hälfte[UR1]. Gleichzeitig führen die Folgen des Klimawandels dazu, dass unter anderem die Preise für Nahrungsmittel in grossen Teilen der Welt massiv ansteigen. Auch unsere Versicherungs- und Gesundheitssysteme werden so immer stärker belastet.

Unser aller Wohlstand kann also nicht gesichert werden, wenn er durch Klimawandel und Biodiversitätsverlust immer mehr gefährdet wird. Wir müssen jetzt Entscheide treffen, die teuer scheinen mögen, die aber notwendige Investitionen sind um die Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen zu schützen!

Wenn es die Staatengemeinschaft mit dem von ihr ratifizierten Pariser Abkommen und der darin festgelegten 1.5-Grad-Grenze ernst meint, muss der Wert der verbliebenen fossilen Reserven und der fossilen Konzerne in den nächsten paar Jahren massiv abnehmen. Vor dem Platzen einer sogenannten Kohlenstoffblase warnen zahlreiche Expert:innen und Institutionen [UR2] schon seit Jahren.

Die bislang ausgebliebene Reduktion der Treibhausgasemissionen führt dazu, dass jegliche Klimaschutzmassnahmen nun noch drastischer und noch rascher ausfallen müssen. Es bedeutet, dass Investitionen in fossile Energien von der SNB als nicht liquide, hochriskant und dem Zweck der Preisstabilität gegenläufig angesehen werden müssen.

Meine Fragen an das Direktorium lauten daher: Wie gedenkt die SNB, die Bedrohung der Finanz- und Preisstabilität durch fossile Brennstoffe auf ein Minimum zu reduzieren? Wie gedenkt die SNB die Investitionen in eine lebenswerte Zukunft für uns alle zu lenken?

Vielen Dank.

Sara Eberhart

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrates und des Direktoriums, geschätzte Aktionär:innen,

Ich unterstütze die Anträge der über 150 Aktionär:innen, welche zuhanden der GV eingereicht wurden, da ich von der SNB erwarte, dass Sie im Besten Interesse der Schweizer Bevölkerung handelt und die wichtigsten Werte der Schweiz vertritt - eine Schweiz, die sich mit dem Unterzeichnen des Pariser Abkommens verpflichtet hat, einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Als die SNB Unternehmen aus ihrem Investment-Portfolio ausschloss, welche hauptsächlich Kohle fördern, begründete sie ihren Entscheid mit einem Verweis auf die "grundlegenden Normen und Werte der Schweiz". Dieser Entscheid ist sehr begrüßenswert, doch die Begründung und die Beurteilung, was nun diese grundlegende Normen und Werte der Schweiz sind, scheinen doch etwas willkürlich. Weshalb werden nun gewisse Kohleunternehmen ausgeschlossen, Öl- oder Gaskonzerne aber nicht? Und weshalb werden nicht alle Unternehmen, die Kohle fördern ausgeschlossen, sondern nur jene, deren Haupttätigkeit die Förderung von Kohle ist? Duke Energy beispielsweise ist eines der grössten Kohleunternehmen, doch aktuell investiert die SNB 390 Milliarden US-Dollar in das Unternehmen. Nicht nur hat die SNB die Titel von Duke Energy nicht aus ihrem Portfolio entfernt, sie hat ihre Investitionen seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens sogar mehr als verdoppelt.

Es ist absolut nicht ersichtlich, wer bei der SNB, wie genau festlegt, was nun diese grundlegenden Normen und Werte der Schweiz sind. Daher braucht es dringend eine unabhängige Instanz, welche diese festlegt - und zwar systematisch, evidenzbasiert und unvoreingenommen. Genauer braucht es einen breit abgestützten Ethikrat, der sich aus relevanten Expertinnen und Experten zusammensetzt. Dieser ergründet auf transparente Weise, was die grundlegenden Normen und Werte der Schweiz sind, insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität.

Aus meiner Sicht ist einer der wichtigsten Schweizer Werte die Demokratie, und ohne Transparenz und klare Regeln gibt es keine Demokratie.

Meine Fragen an das Direktorium lauten daher: Werden Sie einen solchen Ethikrat einsetzen? Oder, wie will die SNB gewährleisten, dass die grundlegenden Normen und Werte der Schweiz respektiert und umgesetzt werden?

Samuel Iseli

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrates und des Direktoriums, geschätzte Aktionär:innen,

Ich habe zusammen mit über 150 Aktionär:innen die Anträge zuhanden der GV mitunterzeichnet.

Die SNB hat im Rahmen ihres Mandats zur Garantie der Stabilität des Finanzsystems auch die Pflicht, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, um einen potenziellen Schock durch das Platzen der sogenannten Kohlenstoffblase oder durch Klimarisiken für das Schweizer Finanzsystem abzuwenden. Konkret bedeutet dies, dass die risikogewichteten Eigenkapitalanforderungen geändert werden, um Klima- und Biodiversitätsrisiken in der mikro- und makroprudenziellen Regulierung zu berücksichtigen. Damit dies in ausreichendem Masse geschieht, ist eine vollständige Kapitaldeckung für Investitionen, Kredite und Versicherungen in Öl-, Gas- und Kohleunternehmen erforderlich. Jeder investierte Franken muss also durch einen Franken als Eigenkapital abgedeckt werden. Diese Massnahme nennt sich auch "One for One".

Meine Fragen an das Direktorium lauten daher: Gedenkt die SNB, eine vollständige Kapitaldeckung für Investitionen, Kredite und Versicherungen in Öl-, Gas- und Kohleunternehmen zu implementieren?

Jonas Kampus

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrates und des Direktoriums, geschätzte Aktionär:innen,

Das Devisenportfolio der SNB gehört zu den grössten der Welt. Zwischenzeitlich besass die SNB einen grösseren Anteil an Facebook als sein Gründer Mark Zuckerberg. Doch die SNB investiert nicht nur in Facebook, sondern besitzt auch Aktien von ExxonMobil im Wert von über 1.9 Milliarden US-Dollar, von Chevron hat sie Aktien im Wert von 1.4 Milliarden US-Dollar in ihrem Portfolio und von Shell im Umfang von 877 Millionen US-Dollar. Dies sind nur drei der unzähligen fossilen Konzerne im Portfolio der SNB. Insgesamt investiert die SNB aktuell 16.1 Milliarden US-Dollar in fossile Konzerne. Würde die ganze Welt so handeln wie die SNB, so steuerten wir auf eine vier sechs Grad erhitze Erde zu, oder anders gesagt: einen unbewohnbaren Planeten.

Die SNB befeuert mit diesen Investitionen jedoch nicht nur die Klimakrise, sie verletzt auch ihre eigenen Anlagerichtlinien: Darin hält sie fest, dass sie keine Aktien und Anleihen von Unternehmen erwirbt, welche *“grundlegende Menschenrechte massiv verletzen oder systematisch gravierende Umweltschäden verursachen”*. Die Beweislage, dass die genannten Unternehmen und auch die anderen fossilen Konzerne genau dies tun, ist erdrückend. ExxonMobil und Total wussten über die Auswirkungen ihres Geschäfts bereits in den 1970er-Jahren ausgezeichnet Bescheid. Auch die systematischen Menschenrechtsverletzungen dieser Konzerne, wie die Mitwirkung von Shell an den Verbrechen und Morden an dem Volk der Ogoni in Nigeria ist durch Organisationen wie Amnesty International ausführlich dokumentiert.

In den letzten zwölf Monaten hat der Anteil der fossilen Konzerne im Portfolio der SNB nochmals zugenommen, weil diese aufgrund des Ukrainekriegs Rekordprofite erzielten und deren Aktienwert zunahm. Die SNB behauptet häufig, sie würde marktneutral investieren, doch das stimmt nicht. Ihr Portfolio beinhaltet bereits heute nur einen kleinen Teil der Unternehmen auf dieser Welt. Sie folgt den grossen Weltmarktindizes, in welchen überproportional viele Konzerne im fossilen Sektor, aus der Zement- und Stahlindustrie vertreten sind. Sie entscheidet sich bewusst für eine Welt, welche angeheizt durch fossile Konzerne zunehmend unbewohnbar wird. Die SNB gefährdet mit ihren getätigten Aktienkäufen die Lebensgrundlage von allen. Ihre Tätigkeit steht im fundamentalen Gegensatz zum in der Bundesverfassung festgehaltenen Grundsatz unter Artikel 2 Absatz 4, wonach sich die Eidgenossenschaft für eine dauerhafte Erhaltung der Lebensgrundlage einsetze.

Meine Fragen an das Direktorium lauten daher: Gedenkt die SNB, spätestens ab 2024 mit ihrem Devisenportfolio an den PACTA-Klimatests des Bundes teilzunehmen und die Testergebnisse transparent zu kommunizieren? Wird die SNB ihre Fortschritte bei der Unterstützung der internationalen Klima- und Biodiversitätsziele auf jährlicher Basis publizieren, insbesondere die Umsetzung der Empfehlungen des Network of Central Banks and Supervisors for Greening the Financial System (NGFS)? Wird die SNB die Titel fossiler Konzerne und deren Anteil in ihrem Devisenportfolio offenlegen? Wie kann es sein, dass die SNB Unternehmen wie Shell oder ExxonMobil in ihren Devisenportfolio aufführt, wenn diese offensichtlich gegen ihre Anlagerichtlinien verstossen?

Rebekka Köppel

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrates und des Direktoriums, geschätzte Aktionär:innen,

Ich stehe hier vor Ihnen, gemeinsam mit mehr als 150 Mitunterzeichner:innen der Anträge zuhanden der GV, um eine dringende Forderung zu erheben: Die SNB muss all ihre Beteiligungen an Erdgas-, Erdöl- und Kohleunternehmen endlich abstossen und ihr Portfolio an nachhaltigen und klimafreundlichen Kriterien ausrichten. Denn der mit dem Aktienportfolio der SNB finanzierte Ausstoss an Treibhausgasen ist fast gleich hoch wie die gesamten CO₂-Emissionen der Schweiz im Inland.

Die Investitionen in fossile Brennstoffe sind ein Verstoss gegen die Anlagerichtlinien der SNB, die besagen, dass sie nicht in Unternehmen investieren darf, die "systematisch gravierende Umweltschäden verursachen oder grundlegende Menschenrechte massiv verletzen". Die SNB verstösst mit diesen Anlagen nicht nur gegen ihre eigenen Richtlinien, sondern sie ignoriert auch die Tatsache, dass schon heute die Rechte von vor allem armen Menschen im globalen Süden verletzt werden, die als erste unter den Folgen der Klimaerhitzung leiden – ausgerechnet jene Menschen also, die kaum etwas zur Klimakrise beitragen.

Weiter beruft sich die SNB in ihrer Anlagepolitik immer wieder auf die "grundlegenden Normen und Werte" der Schweiz. Und die Bundesverfassung hält fest, dass sie eine Geld- und Währungspolitik ausüben soll, welche den Gesamtinteressen des Landes dient. In diesem Sinne sollte sich die SNB bei Konzernen, von denen sie Aktien besitzt, für starke Klima- und Umweltziele einsetzen. Konkret sollte sie eine umfassende, öffentlich einsehbare Strategie zum aktiven Aktionärsengagement entwickeln und umsetzen. Sie muss von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen - für die Wahrung unserer Lebensgrundlage.

Ich fordere Sie deshalb auf: Leisten Sie mit dem Ausstieg aus fossilen Energien einen aktiven Beitrag zu mehr globaler Klimagerechtigkeit - investieren Sie zukunftssträchtig, nachhaltig und klimafreundlich! Und nehmen Sie mit einem aktiven Aktionärsengagement Ihr Stimmrecht im Sinne der Schweizerischen Bundesverfassung wahr - werden Sie zu einer positiven Kraft für den dringend nötigen ökologischen Wandel!

Pascale Schnyder

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrates, des Direktoriums, geschätzte Aktionär:innen,

Zusammen mit 150 Aktionär:innen habe ich die Anträge zuhanden der GV für eine klima- und umweltfreundlichere Geldpolitik der SNB unterzeichnet. Denn die Zeit drängt. Im März hat der Weltklimarat bei seinem Treffen in Interlaken deutlich gemacht, dass sich das Zeitfenster zur Erreichung des 1.5 Grad Ziels bis ins Jahr 2030 schliesst. Wir gehören also zur letzten Generation am Steuer, die den Kurs noch korrigieren kann. Das ist eine riesige Verantwortung.

Grosse Zentralbanken wie die Europäische Zentralbank (EZB) haben dieser Dringlichkeit Rechnung getragen. Die EZB hat 2021 eine umfassende Klimastrategie veröffentlicht. Und sie hat ein Kompetenzzentrum Klimawandel ins Leben gerufen, welches die Klimaschutzmassnahmen definieren und mit dem Preisstabilitätsziel in Einklang bringen soll.

Die geldpolitische Strategie der SNB wurde letztmals im Jahr 2000 umfassend überarbeitet – also vor einem Vierteljahrhundert. 15 Jahre vor dem Pariser Abkommen, vor der Finanzkrise, vor der Pandemie, als die globale Durchschnittstemperatur noch ein halbes Grad tiefer war als heute.

1.5 Grad wärmere Temperaturen bedeuten nicht einfach längere Sommer und tropische Früchte vor der Haustür. Sie bedeuten, dass wir ab da Kippunkte erreichen, welche die Klimaerhitzung zu einem Selbstläufer machen. Unser Einfluss auf das Klima nimmt ab da rapide ab. Es bedeutet, dass immer mehr Landstriche und Siedlungsgebiete von Dürren, Stürmen oder Überschwemmungen zerstört werden, dass Permafrostböden auftauen und noch mehr klimaerwärmende Gase in die Atmosphäre gelangen, dass der Meeresspiegel durch das Schmelzen der Polkappen Meter für Meter ansteigt, dass immer mehr Menschen flüchten müssen und der Anbau von Lebensmitteln immer kritischer wird. Dass dies auch die wirtschaftliche und finanzpolitische Stabilität gefährdet, liegt auf der Hand. Von der gesellschaftspolitischen Stabilität ganz zu schweigen.

Es herrscht heute ein sehr breiter Konsens, dass die Folgekosten der Klimakrise die Kosten der Prävention um ein x-faches übersteigen werden. Das teuerste, was wir jetzt also tun können, ist nichts.

Deshalb darf auch die SNB nicht weiter warten. Sie kann sich dabei an den Klimarichtlinien der EZB orientieren sowie am Vorgehen der Federal Reserve, welche ihre neue geldpolitische Strategie in einem inklusiven Prozess mit Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet hat. Weder die EZB noch die FED mussten dafür ihre Unabhängigkeit aufgeben. Doch beide haben sich eine zukunftsfähige und breit abgestützte Legitimationsgrundlage für ihre Geldpolitik geschaffen.

Meine Fragen an das Direktorium lauten daher: Strebt die SNB eine Überarbeitung der geldpolitischen Strategie an unter Berücksichtigung dieser aktuellen Herausforderungen? Und falls ja, wird sie sich dabei an den Klimaschutz-Leitlinien der EZB und am partizipativen Vorgehen der FED orientieren?

1.5 Grad wärmere Temperaturen bedeutet nicht einfach längere Sommer und tropische Früchte vor der Haustür. Es bedeutet, dass wir ab da Kipppunkte erreichen, welche die Klimaerhitzung zu einem Selbstläufer machen und unser Einfluss immer kleiner wird. Zum Vergleich - bei der letzten Eiszeit vor 20'000 Jahren betrug die globale Durchschnittstemperatur 6 Grad weniger als heute. Damals lag fast die Hälfte von Europa, Asien und Amerika unter einer dicken Eisschicht. So wenig braucht es, um die Beschaffenheit der Welt komplett zu verändern und für viele Arten unbewohnbar zu machen. Das ist keine Panikmache, sondern wissenschaftlicher Konsens.

Asti Roesle

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrats und des Direktoriums, sehr geehrte Anwesende

Mein Name ist Asti Gabriella Roesle. Ich stehe hier als Privataktionärin, wie auch als Vertreterin der Klima-Allianz, ein Bündnis, welches über 140 zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen umfasst.

Ich möchte aus folgenden Gründen gerne das Wort zum Agendapunkt "Entlastung des Bankrats" ergreifen:

Auf S. 148 des Geschäftsberichts, wie auch in den gesetzlichen Vorschriften, werden die Aufgaben des Bankrats beschrieben. Dazu gehört, dass der Bankrat für die Beurteilung des Risikomanagements zuständig ist und dessen Umsetzung überwacht.

Die heute in Bern anwesenden Vertreter:innen aus Uganda und Tansania belegen, dass der Klimawandel heute schon die Lebensgrundlagen vieler gefährdet. Die SNB ist nicht verantwortlich dafür, dass die Schweiz ungenügende Klima- und Biodiversitätsgesetze hat. Die SNB, wie jede andere Zentralbank auch, muss jedoch jegliche Risiken bemessen und reduzieren, welche einen direkten Einfluss auf die Preis- und Finanzmarktstabilität haben. Viele Zentralbanken weltweit haben angefangen, dies zu machen. Die SNB nicht. Zumindest ist es nicht ersichtlich, aus den öffentlich zugänglichen Informationen.

Der Klimawandel und Biodiversitätsverlust nehmen mit jedem Tag zu. Je länger wir warten, desto höher werden die Risiken. Wenn wir uns an einem Status quo orientieren, der nicht mit dem Pariser Klima-Abkommen vereinbar ist, besteht die Gefahr, dass die makroökonomische Volatilität zunimmt, was die Durchführung der Geldpolitik zur Gewährleistung der Preisstabilität auf lange Sicht erschweren wird.

Das bestehende Mandat ist klar: die SNB muss jegliche Risiken, welche die Preis- und Finanzmarktstabilität tangieren, bemessen und reduzieren. Demnach auch die mit dem Klimawandel und Biodiversitätsverlust verbundenen Risiken. Das aktuelle Vorgehen, mit Rückendeckung des Bundesrates einfach abzuwarten und wenig bis gar nichts zu unternehmen, ist entgegen dem Mandat. Dies anerkennen auch immer mehr ParlamentarierInnen.

Sehr geehrte Mitglieder des Bankrats. Es liegt nicht in meiner Kompetenz, die gesamte Erfüllung aller Aufgaben des Bankrats zu beurteilen - und ich habe generell Respekt und Wertschätzung für ihrer Arbeit. Ich werde nichtsdestotrotz NEIN zur Entlastung des Bankrat stimmen, weil ich aufgrund der öffentlich verfügbaren Informationen die Beurteilung und Überwachung der Umsetzung des Risikomanagements seitens Bankrat als nicht erfüllt betrachte.

Ich, sowie viele weitere Aktionärinnen gehen davon aus, dass im Geschäftsbericht 2023 substantielle Verbesserungen ersichtlich werden müssen. Falls nicht, sehen wir uns zu weiteren Aktivitäten gezwungen.

Sie haben es in der Hand. Unsere Lebensgrundlagen sind in Gefahr und somit auch die Grundlage für die Wirtschaft und eine stabile Preis- und Finanzmarktpolitik. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Maurizio Degiacomi

Sehr geehrte Damen und Herren des Direktoriums und des Bankrats, sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre

Die SNB und auch die anderen Zentralbanken dieser Welt sind nun seit 15 Jahren im permanenten Krisen-Modus. Und Besserung ist nicht in Sicht. Die Realität zeichnet ein düsteres Bild: Ein Rekordverlust, hartnäckige Inflation, ein inhärent instabiles Bankensystem, das hunderte Milliarden Franken staatliche Garantien braucht, um weiter funktionieren zu können.

Es deutet viel auf ein strukturelles Problem. Und die UBCS ist ein weiteres Symptom. Ein mit gütiger Hilfe der SNB erschaffener fossiler Koloss, der unsere Lebensgrundlage und die globale Finanzstabilität bedroht. Die UBCS ist wie Frankenstein's Monster. Es wird sich an seinen Schöpfern rächen, wenn nicht sofort Massnahmen ergriffen werden. Das mindeste was die SNB jetzt tun muss, ist dafür sorgen, dass die UBS so rasch wie möglich ihre Risikopositionen reduziert. Dazu gehört auch das Ende der Finanzierung der fossilen Industrie.

Mit Blick auf die Herausforderungen, die sich aus der aktuellen Situation ergeben, müsste der SNB klar sein, einfach weitermachen wie bisher geht nicht. Denn diese Einstellung hat uns erst diese Misere gebracht. Jetzt einfach stur den Kurs zu halten, ohne auch bei sich selbst anzusetzen und zu fragen, was die eigene Verantwortung für den Status quo ist, wäre töricht.

Man braucht keinen Doktor in Ökonometrie zu haben, um zu erkennen, dass die Risiken enorm sind, dass sich die Situation weiter verschlimmert, wenn die SNB ihre Strategie nicht hinterfragt. Risiken erst nicht sehen und dann kurz vor der Katastrophe zu reagieren, um den totalen Crash irgendwie abwenden zu können, ist ab sofort keine Option mehr. Das sture Festhalten an überholten Denkmustern wird zur Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft. Gerät die UBS ins Straucheln, wars das mit dem Erfolgsmodell Schweiz.

Erforderlich ist deshalb nicht mehr und nicht weniger als ein Paradigmenwechsel bei der behördenübergreifenden Koordination zur Gestaltung und Umsetzung mikro- und makroprudenzieller Massnahmen und die Entwicklung moderner geldpolitischer Instrumente zur langfristigen gewährleistung der Preis- und Finanzstabilität.

Stellt sich die Frage, wie sich die SNB ihrer selbst verpassten mentalen Zwangsjacke entledigen kann, die dieser Forderung vermutlich im Weg steht.

Meine grosse Hoffnung ist, dass ein ehrlicher Blick auf die Entwicklungen der letzten 15 Jahre bis zum heutigen Tag den Raum öffnet, um intern eine ernste Diskussion zu ermöglichen, was eine gute Geldpolitik im Kontext der multiplen Krisen des 21 Jahrhunderts ausmacht und wieso man so weit davon entfernt ist. Hilfreich wäre es dabei auch eine öffentliche und politische Debatte zu diesen Fragen zuzulassen, anstatt sie durch Warnungen vor dem Verlust der Unabhängigkeit im Keim zu ersticken.

Denn in der jetzigen Situation sind Denk- und Redeverbote Gift und nicht die Frage, ob Werkzeugkasten und Weltsicht der SNB tatsächlich geeignet sind, um in einem sich rasant verändernden internationalen Umfeld komplexen Problemen zu begegnen.

Abschliessend möchte ich gerne noch zwei Fragen ans Direktorium richten:

1. Würden Sie sagen, dass die Schweizer Bevölkerung ein Anrecht hat zu erfahren, welche Risiken tatsächlich von der UBS ausgehen?
2. Sind sie offen dafür, gemeinsam mit unabhängigen, externen Expertinnen aus verschiedenen Disziplinen einen Stresstest für die UBS zu entwickeln und das daraus resultierende Datenmaterial in vollem Umfang zu veröffentlichen?